

Arbeiter  
Angestellte  
BeamteArbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## Zentrale Beihilfestelle: Callcenter aufgegeben Beschwerden wegen Bearbeitungszeiten

Das Bearbeiten beamtenrechtlicher Beihilfeanträge der Beschäftigten und der Versorgungsberechtigten des Landes Berlin und seiner Einrichtungen ist zentral dem Landesverwaltungsamt Berlin am Fehrbelliner Platz übertragen worden. Um die Bearbeitungszeiten möglichst gering zu halten hat die Zentrale Beihilfestelle beschlossen auf regelmäßige Sprechzeiten der Beihilfestelle zu verzichten. Stattdessen steht den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern des Landes Berlin für die „Kurzinformation“ in Beihilfeangelegenheiten lediglich ein sogenannter „Service-Punkt“ im Erdgeschoss, Raum 39, zur Verfügung. Dieser ist nur am Dienstag von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr und am Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr geöffnet. Die Zentrale Beihilfestelle weist jedoch vorsorglich darauf hin, dass aufgrund des nicht steuerbaren Besucheraufkommens es im „Service-Punkt“ zu erheblichen Wartezeiten kommen kann und der Haupteingang zum Dienstgebäude nicht barrierefrei ist. An diesen beiden Sprechzeiten ist die Beihilfestelle zusätzlich noch am Mittwoch zwischen 9:00 Uhr und 12:00 Uhr telefonisch unter einer Rufnummer 030 9012-5050 erreichbar. Die Beihilfestelle weist jedoch auch hier wieder darauf hin, dass es aufgrund des von der Zentralen Beihilfestelle nicht steuerbaren Anruferaufkommens während der telefonischen Sprechzeiten auch zu besetzten Leitungen kommen kann. Der Ärger über die Kundenunfreundlichkeit ist daher unverändert und hat offenbar auch dazu geführt, dass sich die Zentrale Beihilfestelle nun wieder von dem ausgelagerten Callcenter getrennt hat. Der telefonische Kundendienst wird jetzt wieder ausschließlich von Beschäftigten der Beihilfestelle selbst durchgeführt. Die Beschwerden über zu lange Bearbeitungszeiten nehmen allerdings weiterhin zu.

Die Zentrale Beihilfestelle ist weiterhin in der Kritik der Kolleginnen und Kollegen. Personalvertretungen und Gewerkschaften beschwerten sich für die Beihilfeberechtigten über die Kundenunfreundlichkeit und die langen Bearbeitungszeiten. Im Gespräch mit dem Hauptpersonalrat im Juli 2009 teilten und der Innensenator Dr. Körting und die Verantwortlichen der Beihilfestelle mit, dass die Rückstände bis Ende September 2009 abgebaut werden sollen. Zur Zeit sind ca. 20.000 Beihilfeanträge unbearbeitet. Die Bearbeitungsdauer beträgt ca. fünf Wochen. Die Mitarbeiter der Beihilfestelle sind jedoch bemüht, Anträge mit hohen Summen herauszusuchen und innerhalb von 10 Tagen zu bearbeiten. Betroffene, wie zum Beispiel chronisch Kranke mit hohen Krankheitskosten sollten mit der Beihilfestelle Kontakt aufnehmen, wenn die Bearbeitung nicht zügig erfolgt. Der Innensenator Dr. Körting und der Direktor der Beihilfestelle, Herr Baumgart, erwarten durch die neuen Landesbeihilfavorschriften eine Verringerung der Bearbeitungszeiten. Zur Zeit sind acht zusätzliche Beschäftigte zur Unterstützung und zum Abbau der Rückstände eingesetzt.

### INHALTSVERZEICHNIS

Zentrale Beihilfestelle: Callcenter aufgegeben Beschwerden wegen Bearbeitungszeiten .....	45
Neue Landesbeihilfeverordnung vorgelegt .....	46
Impressum .....	46
Stellenstreichungen in der Steuerverwaltung .....	47
Besoldungsrückstände im Land Berlin .....	48
DSTG-Fußballpokal 2009 .....	49
DSTG-Pressespiegel DSTG zur Rentenbesteuerung .....	51
Besoldungsrückstände: dbb-Protteste zeigen erste Wirkung .....	51
DSTG-Service: „Beihilfe“ .....	52

# Neue Landesbeihilfeverordnung vorgelegt

**Der dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin hat zum Entwurf einer Verordnung über die Gewährung von Beihilfe in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und sonstigen Fällen (Landesbeihilfeverordnung - LbhVO) nachfolgende Stellungnahme abgegeben. Mit der nunmehr vorgelegten eigenständigen Landesbeihilfeverordnung verlässt das Land Berlin den lange bewährten Weg, die entsprechenden Beihilfavorschriften des Bundes (fast) vollständig zu übernehmen. Auch wenn bislang schon eigenständige Regelungen über die Modifizierung des Landesbeamtengesetzes Berlin erfolgten - insbesondere durch die bestehenden Regelungen der Kostendämpfungspauschale - stellt die nunmehr vollständig vorgelegte eigenständige Landesbeihilfeverordnung eine neue Ausrichtung dar.**

Der dbb berlin begrüßt, dass die vorgelegte Regelung die konstruktiven Ansätze der Bundesbeihilfeverordnung weitestgehend übernimmt. Abweichungen sind lediglich für bestimmte Bereiche vorgesehen.

Die bisherige weitestgehende Übernahme des Bundesrechtes stellte sich insgesamt als sehr verwaltungsvereinfachend dar. Damit konnten auch Ausführungsbestimmungen und Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern übernommen werden. Dieses Vorgehen wird nun zukünftig deutlich schwieriger werden. An dieser Stelle soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass die bislang übliche Übernahme von Bundesrecht auch den Vorteil hat, dass eine gewisse Synchronität zwischen Bundes- und Landesbeschäftigten in Berlin bestand. Dies speziell auch vor dem Hintergrund, dass es für die behandelnden Ärzte bzw. Einrichtungen, die Gesundheitsleistungen erbringen, eine einfachere, transparentere und letztlich bessere Beratung und Aufklärung ermöglichte.

Die vorgelegte Regelung übernimmt die zum Stichtag – 20. Mai 2009 - vorgelegten Beihilfavorschriften des Bundes, der Bundesbeihilfeverordnung, und verzichtet dabei auf eigenständige Begründungen. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch auch schon absehbar, dass diese Bundesbeihilfavorschriften, insbesondere im Be-

reich der Pflegevorschriften einer weitgehenden Überarbeitung unterzogen werden. Hierbei stellt sich die Frage, ob dieser Reformschritt noch mit in die Landesvorschriften eingearbeitet werden soll, bzw. wie das weitere Verfahren von Modifizierungen geplant ist.

Grundsätzlich erkennt der dbb berlin den Wunsch nach eigenständigen Gestaltungen durch das Land Berlin, es wird jedoch gerade im sensiblen Bereich der Beihilfegewährung appelliert, von den eingeräumten Möglichkeiten vorsichtig Gebrauch zu machen.

Von der Bundesbeihilfeverordnung sollen nunmehr folgende Regelungen abweichen:

a) In Bezug auf die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Arznei- und Verbandmittel wird die bis zum Dezember 2003 geltende Regelung unter Beachtung neuester Rechtsprechung und in Anlehnung an § 34 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wieder eingeführt. Danach sind mit wenigen Ausnahmen (z. B. Mittel für Abmagerung, Mittel zur Zügelung des Appetits) die schriftlich verordneten Arznei- und Verbandmittel beihilfefähig. Mit dieser Regelung wird im Hinblick auf die Beihilfefähigkeit von Arzneimitteln nicht mehr

nach verschreibungspflichtigen und nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln unterschieden.

b) Die bisherigen Regelungen über die Eigenbehalte für Arznei- und Verbandmittel, für Hilfsmittel, bei Fahrtkosten und für die Inanspruchnahme einer häuslichen Krankenpflege werden nicht in die Landesbeihilfeverordnung übernommen.

c) Einzig die Eigenbehalte bei vollstationärer Krankenhausbehandlung, bei Behandlung in Rehabilitationseinrichtungen (Sanatorien) und bei Rehabilitationsmaßnahmen werden weiterhin bei der Berechnung und Festsetzung der Beihilfe berücksichtigt.

d) Als Ausgleich für den Wegfall der vorstehend genannten Eigenbehalte sieht der Entwurf der Landesbeihilfeverordnung des Innensensors vor, den Betrag für die sog. Praxisgebühr „moderat“ um zwei Euro auf insgesamt zwölf Euro zu erhöhen. Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für Arznei- und Verbandmittel verbessert sich durch diese Regelung, da insbesondere die Abgrenzungen und viele Ausnahmetatbestände (insbesondere der Rückgriff auf die Arzneimittelrichtlinie des Gemeinsa-

>>> Seite 47

## DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder, Henrik Vathke  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

© 2009 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Kontoverbindung:** Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 u. 030 3752832 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout:** Karsten Köchlin

**Auflage:** 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 57. Jahrgang Ausgabe Nr. 8/2009

# Stellenstreichungen in der Steuerverwaltung

In einer der letzten Personalrätekonferenzen wurde von dem nicht mehr im Amt befindlichen Staatssekretär Klaus Teichert die Personalpolitik der Senatsverwaltung für Finanzen der Jahre 2007 bis 2012 dargelegt. Die nicht wirklich überraschende Aussage bestand darin, dass der Personalabbau in der Steuerverwaltung unablässig weiter gehen soll.

Von ihm wurde die Entwicklung der Zahl der Stellen (=Vollzeitäquivalente) wie folgt dargestellt:

Kalenderjahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Stellen	6210	6110	6020	5930	5870	5870

Diese Entwicklung – so Teichert – sei der Tatsache geschuldet, dass das Land Berlin bis 2012 sein Stellenvolumen auf dann 100.000 Stellen reduziert haben will. Von diesen Maßnahmen könne die Steuerverwaltung nicht ausgenommen werden. Im Übrigen hätte das Land Berlin - gemessen an der Personalausstattung von Hamburg und Bremen - noch eine Überausstattung von 14.500 Stellen.

Wieder einmal musste der unsägliche Vergleich mit anderen Stadtstaaten erhalten, um den Personalabbau in Berlin zu begründen. Der Hinweis, dass Berlin auf Grund seiner Hauptstadtfunction einen größeren Personalkörper als andere Stadtstaaten benötigt, wird nachhaltig ignoriert.

Der Landesvorsitzende der DSTG Detlef Dames wies ausdrücklich auf die Existenz der Personalbedarfsberechnung (PersBB) für die Finanzämter hin. Dieser nach bundeseinheitlichen Mustern ermittelte Personalbedarf für das Land Berlin - so Dames - werde seit mehr als einem Jahrzehnt völlig außer Acht gelassen.

Mit einer „Entbehrungsquote“ von 10% unter PersBB die anfallenden Arbeiten erledigen zu müssen, wäre ein Schlag ins Gesicht für die noch immer motivierten Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung und nicht mehr zu schaffen. Teichert wies darauf hin, dass andere Bundesländer mit 10 oder noch mehr Pro-

zent unter PersBB die Arbeiten erledigen würden. Dames erwiderte, dass auch die DSTG in den anderen Bundesländern auf Einnahmedefizite auf Grund der Personalsituation hinweisen würde. Im Übrigen - so Dames - sei es nicht schlau, sich anderen Dummen anzuschließen.

Angesichts der Beratungsresistenz des Staatssekretärs wies Dames verärgert darauf hin, dass die Arbeiterledigung nicht auf dem gleichen Stand bleiben könne, wenn die Aufgaben zunehmen, das Personal aber zeitgleich abnehmen würde. Den Beschäftigten wäre insbesondere mit der Einführung von EOSS einiges zugemutet worden, ohne dass eine entsprechende Anerkennung oder Würdigung vorgenommen wurde. Es ist eine beispiellose Ignoranz nicht wahrhaben zu wollen, dass nach Einführung von EOSS die Bearbeitungszeiten vieler Verwaltungsvorgänge künftig dauerhaft länger dauern würden. Die Aussage von Teichert anlässlich einer kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus, dass die längeren Bearbeitungszeiten lediglich dem temporären Verlust von Praxiswissen der Beschäftigten geschuldet sei, brandmarkte Dames als einen Schlag ins Gesicht für jeden dieser Beschäftigten. Vielmehr müsse jetzt die Konsequenz aus den längeren Bearbeitungszeiten gezogen und der Personalabbau gestoppt werden.

Dames sprach den Beschäftigten in den Finanzämtern ausdrücklich ein Lob für die

von ihnen geleistete Tätigkeit aus. Dem Staatssekretär schrieb er jedoch ins Stammbuch: „Die gute Dienstleistungsqualität wurde und wird in der Öffentlichkeit nicht angezweifelt; an dieser Qualität hat jedoch die Politik Null Anteil. Ganz im Gegenteil: Nicht wegen, sondern trotz der Politik ist die Qualität derzeit noch hoch.“ Dames wies aber weiter darauf hin, dass die hohe Arbeitsbelastung in den Finanzämtern zwischenzeitlich in einen hohen Krankenstand münden würde.

Anlässlich der Beantwortung einer kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus, ob nicht der hohe Krankheitsstand mit der Einführung von EOSS und den Stelleinsparungen in Verbindung zu bringen sei, antwortete Teichert kurz und knapp: Dieser Zusammenhang ist frei erfunden.

Angesichts dieser Geisteshaltung ist das Vorhandensein von Sozialkompetenz bei manchen Entscheidungsträgern der Senatsverwaltung schlichtweg zu verneinen.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft fordert daher von der Politik:

Entdecken Sie als Dienstherr und Arbeitgeber die Sozialkompetenz gegenüber den Beschäftigten in den Finanzämtern neu.

Stoppen Sie den Stellenabbau in den Finanzämtern.

Seite 46 >>>

men Bundesausschusses) in der Vergangenheit zu erheblichen Problemen in der Verwaltungspraxis geführt haben. Deshalb dürfte dies zur erheblichen Reduzierungen des Verwaltungsaufwandes beitragen.

Kritisch wird dagegen der entsprechende Ausgleich über die Praxisgebühr gesehen: Auch wenn der Erhöhungsbetrag der Praxis-

gebühr, wie in der Begründung ausgeführt, nur „moderat“ um zwei Euro auf zwölf Euro erhöht wird, wird dieser Betrag der Praxisgebühr erstmalig im Beihilferecht bzw. dem Krankenversicherungsrecht abweichend nach oben angehoben. Dies ist insbesondere im Land Berlin problematisch, da neben Praxisgebühr und Zuzahlungen ergänzend die Kostendämpfungspauschale erhoben wird. Hierzu wird für den Bereich der Beamten und

Versorgungsempfänger auf die Rechtspflicht zur amtsangemessenen Alimentation verwiesen - dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass seit 2003 die Sonderzahlung erheblich gekürzt und das Urlaubsgeld weggefallen und seit 1. September 2004 keine Anhebung der Besoldung mehr erfolgt ist. Auf eine Erhöhung der Praxisgebühr muss daher angesichts der extrem hohen Besoldungsrückstände im Land Berlin verzichtet werden.

# Besoldungsrückstände im Land Berlin

**Der Besoldungsrückstand im Land Berlin für die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, den Kommunen und beim Bund ist sehr hoch. Bei allen Teilen der Dienstbezüge (Grundgehalt, Familienzuschlag, Zulagen, Anwärterbezüge, jährliche Sonderzahlungen) und insbesondere bei den Versorgungsbezügen sind erhebliche Unterschiede zu Lasten der Beamtinnen und Beamten im Land Berlin.**

Müssen die Berliner Beamtinnen und Beamte – allein schon unter Berücksichtigung der Inflation – massive reale Einkommenskürzungen hinnehmen, reagieren sie jetzt wütend auf Aussagen des Regierenden Bürgermeister, Wowereit, für die Berliner Beamtinnen und Beamten ist kein Geld im Haushalt.

Der Senat hat seit September 2006 die alleinige Kompetenz und Verantwortung für die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes. Durch das vorsätzliche Unterlassen von Besoldungsanpassungen sind Wowereit und Körting dafür verantwortlich, das die Berliner Beamten heute mit Abstand das schlechteste Besoldungs-

Versorgungsniveau in der Bundesrepublik Deutschland ertragen müssen.

Inzwischen wächst bei den Beamtinnen und Beamten die Wut auf die Koalition aus SPD und Linkspartei, die nicht bereit ist, auch die Beamten wieder auf das Einkommensniveau zu heben, welches sie hatten, ehe Senat und der Deal „Gehaltsverzicht gegen weniger Arbeitszeit und Kündigungsschutz“ vereinbarten.

Der dbb berlin und die Fachgewerkschaften im dbb forderten in Gesprächen mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, dass vor einer Veränderung der Grundgehaltstabelle

die Besoldungsrückstände im Land Berlin seit 1. September 2004 abgebaut sein müssen. Damit soll die Möglichkeit zur Verschleierung der hohen Besoldungsrückstände in der Grundgehaltstabelle abgewehrt werden.

Während an den Arbeitsplätzen die Unruhe unter den Beschäftigten anschwillt, wird die Auseinandersetzung über die Berliner Besoldungsrückstände auch öffentlich geführt. Die Medien berichten und einzelne Politiker haben sich inzwischen geäußert. Der dbb berlin und die DSTG werden sich beharrlich für den Abbau der Besoldungsrückstände einsetzen und bereiten eine Kampagne gegen die rot-rote Koalition vor.

Anzeige

„psd...weiterragen!“

## PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Ihre Bank  
in Berlin



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 82.000 zufriedene Kunden.

### Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

### PSD GiroDirekt –

das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit BankCard und PSD MasterCard.

An über 18.200 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



PSD GiroDirekt 2007 im 3. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

### Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de)

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:  
Telefon (030) 850 82-550

**PSD Bank Berlin-Brandenburg eG**  
Handjerystraße 34-36  
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246  
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz  
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



## DSTG – Fußballpokal 2009

**In einem fairen sportlichen Wettstreit wurde auch dieses Jahr in einem Kleinfeldturnier der Fußballmeister der Berliner Finanzämter ermittelt.**

Wie schon im Jahr zuvor war auch 2009 die Mannschaft des Finanzamt für Körperschaften IV der Turniersieger.

Neben der umsichtigen Turnierleitung durch die Kollegin Christa Röglin, mit ihren Mitstreitern Martina Riedel und Wolfgang Kuntze, sind auch unsere Sponsoren zu erwähnen. Einmal die HUK, die alle Pokale und einen Fußball spendierte und die Bausparkasse Wüstenrot, die mit einem Stand vor Ort war und die Anwesenden mit einer Verlosung erfreute.



Foto oben:  
Mannschaftsfoto des Siegers aus dem Finanzamt für Körperschaften IV.



Foto links:  
Abteilungsleiter III SenFin Herr Wilhelm Hennig und Landesvorsitzender der DSTG Detlef Dames bei der Überreichung des Siegerpokals.

Foto unten:  
Der Landesvorsitzende der DSTG Detlef Dames am Stand der Bausparkasse Wüstenrot

Näheres entnehmen Sie bitte dem nächsten Sport-Aktuell der DSTG. Alle Fotos vom Turnier sind unter [www.dstg-berlin.de/sport](http://www.dstg-berlin.de/sport) veröffentlicht.



# Unsere Kundendienstbüros in Ihrer Nähe



## HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

### Buckow

12349 Berlin-Buckow  
KUNDENDIENSTBÜRO  
KERSTIN LAUE-HEISIG  
Buckower Damm 239  
Telefon 030 66707334  
Telefax 030 66707335  
K.Laue@hukvm.de  
Mo, Di, Do 9.00-12.00 Uhr  
und 15.00-18.00 Uhr  
Mi + Fr 9.00-15.00 Uhr

### Charlottenburg

10627 Berlin-Charlottenburg  
KUNDENDIENSTBÜRO  
INGRID VAN LOOK  
Sesenheimer Str. 16  
Telefon 030 3139073  
Telefax 030 3134727  
Ingrid.vanLook@hukvm.de  
Mo, Di, Do 9.00-13.00 Uhr  
und 15.00-20.00 Uhr  
Mi + Fr 9.00-12.00 Uhr

### Hellersdorf

12619 Berlin-Hellersdorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ELKE BALTRUSCH  
Lion-Feuchtwangener-Str. 22  
Telefon 030 5633488  
Telefax 030 56044854  
Baltrusch@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

### Köpenick

12555 Berlin-Köpenick  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ULLRICH SCHMARSSOW  
Lindenstr. 35  
Telefon 030 65265533  
Telefax 030 65265535  
Schmarssow@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Lichterfelde

12207 Berlin-Lichterfelde  
KUNDENDIENSTBÜRO  
MANFRED GÜNTHER  
Ostpreußendamm 131  
Telefon 030 72014909  
Telefax 030 74305896  
Manfred.Guenther@hukvm.de  
Mo, Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr  
Mi 9.00-15.00 Uhr  
Do 9.00-13.00 Uhr und 14.00-19.30 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Mariendorf

12107 Berlin-Mariendorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
RALF BEHRENDT  
Tauernallee 44  
Telefon 030 76109900  
Telefax 030 76109911  
Behrendt@hukvm.de  
Mo-Mi 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-20.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Marzahn

12681 Berlin-Marzahn  
KUNDENDIENSTBÜRO  
THOMAS KIETZKE  
Helene-Weigel-Platz 11/Am Springtuhl  
Telefon 030 5411113  
Telefax 030 25568850  
Kietzke@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-13.00 Uhr  
Mo, Di, Do, Fr 15.00-18.00 Uhr

### Mitte

10117 Berlin-Mitte  
KUNDENDIENSTBÜRO  
PETRA SAGURNA-FRANK  
Jägerstr. 70/Nähe U-Bhf. Französische Str.  
Telefon 030 30648830  
Telefax 030 30648831  
Petra.Sagurna-Frank@hukvm.de  
Mo, Di, Do 10.00-18.00 Uhr  
Mi 9.00-15.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Neukölln

12359 Berlin  
KUNDENDIENSTBÜRO  
BRITZ  
Buschkrugallee 53/Ecke Delfter Ufer  
Telefon 030 6252086  
Telefax 030 6268331  
Mo, Di, Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

### Prenzlauer Berg

10435 Berlin-Prenzlauer Berg  
KUNDENDIENSTBÜRO  
BERND ALBRECHT  
Sredzkistr. 6  
Telefon 030 44342777  
Telefax 030 44342779  
B.Albrecht@hukvm.de  
Mo-Fr 10.00-13.00 Uhr  
Mo, Di, Do 15.00-20.00 Uhr

### Reinickendorf

13403 Berlin-Reinickendorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
DAGMAR FAHLE  
Eichborndamm 18  
Telefon 030 4123344  
Telefax 030 4124455  
Fahle@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr und 16.00-18.00 Uhr

### Steglitz

12167 Berlin-Steglitz  
KUNDENDIENSTBÜRO  
HANNELORE WALDSPERGER  
Klingsorstr. 14  
Telefon 030 79702940  
Telefax 030 79702942  
Waldspurger@hukvm.de  
Mo, Di 9.00-18.00 Uhr  
Mi 9.00-13.00 Uhr  
Do 9.00-19.30 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Spandau

13581 Berlin-Spandau  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ANNETTE VIRCHOW  
Päwesiner Weg 21  
Telefon 030 3316060  
Telefax 030 3318483  
Virchow@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.30-18.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Spandau

13585 Berlin-Spandau  
KUNDENDIENSTBÜRO  
MONIKA REITZE  
Schönwalder Str. 108 A  
Telefon 030 35504546  
Telefax 030 35504547  
Monika.Reitze@hukvm.de  
Mo, Di, Do 10.00-18.00 Uhr  
Mi 10.00-15.00 Uhr  
Fr 10.00-13.00 Uhr

### Treptow

12437 Berlin  
KUNDENDIENSTBÜRO  
DR. WERNER HAUSDÖRFER  
Kieforthstr. 187/Nähe Baumschulenstr.  
Telefon 030 53211670  
Telefax 030 53211671  
Hausdoerfer@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Wedding

13353 Berlin-Wedding  
KUNDENDIENSTBÜRO  
WILFRIED STRUWE-REININGHAUS  
Tegeler Str. 24/Sprengelstr.  
Telefon 030 45482371  
Telefax 030 45482372  
Struwe-Reininghaus@hukvm.de  
Mo, Mi, Fr 9.00-17.00 Uhr  
Di, Do 10.00-19.00 Uhr

### Wilmersdorf

10715 Berlin-Wilmersdorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
VOLKMAR EBERT  
Wexstr. 24  
Telefon 030 85731486  
Telefax 030 85731487  
V.Ebert@hukvm.de  
Mo, Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr  
Mi, Fr 9.00-15.00 Uhr  
Do 9.00-13.00 Uhr und 14.00-19.30 Uhr

### Wittenau

13437 Berlin-Wittenau  
KUNDENDIENSTBÜRO  
DANY FECHNER  
Oranienburger Str. 69  
Telefon 030 41191170  
Telefax 030 41191171  
Fechner@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr  
Mo-Do 15.00-18.00 Uhr

### Weißensee

13189 Berlin-Weißensee  
KUNDENDIENSTBÜRO  
MICHAEL HILLER  
Prenzlauer Promenade 177  
Telefon 030 91744281  
Telefax 030 91744291  
M.Hiller@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Zehlendorf

14169 Berlin-Zehlendorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
GUNTHER DEDERER  
Clayallee 331  
Telefon 030 89728660  
Telefax 030 89502158  
Dederer@hukvm.de  
Mo-Di 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Mi 9.00-15.00 Uhr  
Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-19.30  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Ludwigsfelde

14974 Ludwigsfelde  
KUNDENDIENSTBÜRO  
RENATE TROEMEL  
Rathausstraße 2  
Telefon 03378 200097  
Telefax 03378 200686  
Mo, Di, Do 9.00-13.30 Uhr  
und 15.00-19.00 Uhr

### Potsdam

14467 Potsdam  
KUNDENDIENSTBÜRO  
FISCHER, JENNY  
Lindenstraße 8  
Telefon 0331 2011044  
Telefax 0331 2011045  
Fischer@hukvm.de  
Mo, Di, Do 9.00-14.00 Uhr und 15.00-19.00 Uhr  
Mi 9.00-15.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Potsdam

14480 Potsdam  
KUNDENDIENSTBÜRO  
PETRA REETZ  
Nuthedamm 8  
Telefon 0331 7452707  
Telefax 0331 7452708  
Reetz@hukvm.de  
Mo - Mi 9.00-18.00 Uhr  
Do 9.00-19.30 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Eberswalde

16225 Eberswalde  
KUNDENDIENSTBÜRO  
DIETER HILDBURGER  
Eisenbahnstr. 32  
Telefon 03334 235967  
Telefax 03334 526067  
Hildburger@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-13.00 Uhr  
Mo, Di 15.00-18.00 Uhr  
Do 15.00-19.00 Uhr

### Rathenow

14712 Rathenow  
KUNDENDIENSTBÜRO  
SYLVIA LAMATSCH  
Waldemarstr. 9  
Telefon 03385 61 74 06  
Telefax 03385 61 74 07  
Sylvia.Lamatsch@hukvm.de  
Mo, Di, Do 9.00-13.00 Uhr  
und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-14.00 Uhr

### Bernau

16321 Bernau  
KUNDENDIENSTBÜRO  
UTA HERM  
Breitscheidstr. 31  
Telefon 03338 753410  
Telefax 03338 753411  
Uta.Herm@hukvm.de  
Mo-Fr 10.00-14.00 Uhr  
Mo, Di, Do 16.00-19.00 Uhr

### Belzig

14806 Belzig  
KUNDENDIENSTBÜRO  
Lübnitzer Str. 3  
Tel./Fax 033941 449940  
Mo 9.00-12.00 Uhr und 16.00-19.00 Uhr  
Di 9.00-12.00 Uhr und 16.00-19.00 Uhr  
Mi 16.00-19.00 Uhr  
Do 9.00-12.00 Uhr und 18.00-20.00 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Hennigsdorf

16761 Hennigsdorf  
KUNDENDIENSTBÜRO  
RAINER PINNAU  
Berliner Str. 27  
Telefon 03302 801524  
Telefax 03302 801261  
Pinnaus@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-12.00 Uhr

### Königs-Wusterhausen

15711 Königs-Wusterhausen  
KUNDENDIENSTBÜRO  
RAINER GUTZEIT  
Cottbuser Str. 3  
Telefon 03375 566255  
Telefax 03375 566256  
rainer.gutzeit@hukvm.de  
Mo, Do 9.00-16.00 Uhr  
Di 9.00-13.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-12.00 Uhr

### Neuruppin

16816 Neuruppin  
KUNDENDIENSTBÜRO  
JÜRGEN SCHLÜTER  
Präsidentenstr. 32  
Telefon 03391 651916  
Telefax 03391 359740  
Schluter@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-13.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-15.00 Uhr

### Frankfurt/O.

15230 Frankfurt  
KUNDENDIENSTBÜRO  
CAROLA JAHN  
Berliner Str. 36  
Telefon 0335 6066820  
Telefax 0335 6066826  
Carola.Jahn@hukvm.de  
Mo-Do 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Fr 9.00-12.00 Uhr

### Brandenburg

14770 Brandenburg  
KUNDENDIENSTBÜRO  
DETLEF BEILFUSS  
Rathenower Str. 5  
Telefon 03381 308657  
Telefax 03381 212684  
Beilfuss@hukvm.de  
Mo-Mi 9.00-13.30 Uhr und 15.00-18.00 Uhr  
Do 9.00-13.30 Uhr und 15.00-19.30 Uhr  
Fr 9.00-13.00 Uhr

### Schwedt

16303 Schwedt  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ECKHARD ULBRICHT  
Ringstr. 14  
Telefon 03332 411849  
Telefax 03332 268779  
Ulbricht@hukvm.de  
Mo, Di, Do, Fr 9.00-12.00 Uhr und 15.00-18.00 Uhr

### Strausberg

15344 Strausberg  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ANKE WYPLER  
Lindenplatz 4  
Telefon 03341 216061  
Telefax 03341 216062  
Wpyler@hukvm.de  
Mo, Di, Do, Fr 9.00-12.00 Uhr  
Mo, Di, Do 14.00-18.00 Uhr

### Oranienburg

16515 Oranienburg  
KUNDENDIENSTBÜRO  
IRINA STEIN  
Bernauer Str. 101  
Telefon 03301 687792  
Telefax 03301 687793  
Stein@hukvm.de  
Mo-Fr 9.00-12.00 Uhr  
Mo, Di, Do 15.30-18.00 Uhr

### Fürstenwalde

15517 Fürstenwalde  
KUNDENDIENSTBÜRO  
ANNETTE HOLLE  
Karl-Liebknecht-Str. 67  
Tel./Fax 03361 32314  
Holle@hukvm.de  
Mo, Fr 9.00-12.00 Uhr  
Di, Do 14.00-18.00 Uhr

# Pressespiegel: DSTG zur Rentenbesteuerung

WWW.TAGESSPIEGEL.DE 2. August 2009

## Finanzkontrollen Rentner werden nicht verschont

Ab Oktober überprüft der Fiskus, ob Senioren ihre Steuern gezahlt haben. Die Kriterien bleiben geheim.

Rentner müssen nun doch ab Oktober mit Kontrollen der Finanzämter rechnen. Eine Bagatellgrenze, bis zu der die deutsche Finanzverwaltung pauschal auf Nachforderungen verzichtet, wird es nicht geben. Stattdessen haben sich das Bundesfinanzministerium und die Länder jetzt auf ein spezielles Risikomanagementsystem geeinigt, mit dem die Rentenbezugsmitteilungen ausgewertet werden sollen. Diese Auswertungen sollen jedoch „mit Augenmaß“ vorgenommen werden, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums dem Tagesspiegel am Sonntag. Die Deutsche Steuergewerkschaft warnte vor einer Überforderung der Finanzämter, der Sozialverband VdK appellierte an die Finanzverwaltung, Rentner nicht zu kriminalisieren.

Im Oktober rollt auf die Finanzämter eine Lawine von 120 Millionen Rentenbezugsmitteilungen zu. Darin sind alle Einnahmen aufgelistet, die Rentner seit 2005 aus der gesetzlichen Rentenversicherung, aus Betriebsrenten und aus privaten Leibrenten bekommen haben. Mit Hilfe dieser Mitteilungen können die Finanzämter feststellen, ob Rentner in den vergangenen Jahren ihre Steuern bezahlt haben oder nicht. Seit 2005 gilt ein neues Steuersystem für Alterseinkünfte. Seitdem müssen mindestens 50 Prozent der Renten oder Pensionen versteuert werden.

Viele Rentner haben keine Steuererklärung abgegeben, obwohl sie dazu verpflichtet gewesen wären. Schätzungen gehen von rund einer Million Betroffener aus, das Finanzministerium nennt keine Zahlen. Klar ist aber: Mit Hilfe der Rentenbezugsmitteilungen kann der Fiskus solche Fälle jetzt erstmals flächendeckend herausfiltern. Betroffen sind Alleinstehende, deren Rente über 19 000 Euro im Jahr liegt, oder Senioren, die neben der Rente noch nennenswerte Zusatzeinnahmen aus Kapitalanlagen oder Vermietungen haben.

Die Deutsche Steuergewerkschaft hatte für eine Bagatellgrenze plädiert, bis zu der Steuersünder verschont bleiben sollten. Doch Bund und Länder haben anders entschieden. „Allgemeine Nichtaufgriffsgrenzen wären aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen“, betonte das Bundesfinanzministerium. Stattdessen sollen demnächst die Rentner, die keine Steuererklärung abgegeben haben, obwohl sie dazu verpflichtet gewesen wären, angeschrieben werden. „Das Finanzamt bittet um Erläuterung“, sagte der Sprecher, „es wird aber nicht sofort eine Nachzahlung festgesetzt.“

Um die Steuerehrlichkeit der Rentner zu überprüfen, sollen Steuererklärungen nach wechselnden Kriterien überprüft werden. Diese Kriterien sollen geheim gehalten werden, damit sich die Steuerbürger nicht auf das Prüfverhalten der Finanzämter einstellen können. Mögliche Punkte könnten Zusatzeinnahmen aus Vermietungen oder Verpachtungen sein, die Höhe der Renten oder besonders hohe Differenzen zwischen den Jahren.

Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Ulrike Mascher, warnte davor, Rentner als Steuerhinterzieher zu kriminalisieren. „Viele wussten nicht, dass sie Steuern zahlen müssen, weil das Bundesfinanzministerium die Betroffenen über die Besteuerung der Renten nur unzureichend informiert hat“, sagte sie dieser Zeitung. Sie fordert die Finanzverwaltung auf, die Rentner bei möglichen Nachzahlungen nicht zu überfordern.

Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass nur „vergleichsweise wenige Rentner“ mit Nachfragen behelligt werden. Das sieht auch die Deutsche Steuergewerkschaft ähnlich, allerdings aus anderen Gründen. „Mit dem vorhandenen Personal ist das nicht zu machen“, kritisiert **Detlef Dames**, Leiter des Landesbezirks Berlin. Schon jetzt fehle Personal in den Berliner Ämtern. 7300 Angestellte und Beamte arbeiten derzeit in den Berliner Finanzämtern, nach Meinung der Steuergewerkschaft sind das mindestens 700 zu wenig. Wenn ab Oktober die Rentenbezugsmitteilungen eintreffen, wird die Lücke noch größer, sagte der Gewerkschafter dem Tagesspiegel am Sonntag.

**Dames** warnt davor, dass sich die Bearbeitungszeiten für die Steuerbescheide weiter verlängern. Bereits heute dauere es in Berlin zwischen zwei und sechs Monaten, bis Steuerzahler ihren Einkommensteuerbescheid erhielten. Ab Oktober könnte sich das um weitere zwei bis vier Monate verzögern. „Unsere Leute gehen auf dem Zahnfleisch“, berichtet Dames, „der Frust ist sehr groß“.

**(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 02.08.2009)**

## Besoldungsrückstände: dbb-Protteste zeigen erste Wirkung

**Erste Unterstützung hat der dbb berlin für seine Besoldungsforderungen von Mitgliedern der rot-roten Regierungskoalition erfahren.**

Wie die Berliner Zeitung vom 5. August 2009 meldet, hat der SPD-Innenexperte Thomas Kleineidam klargestellt, dass die anstehenden Tarifverhandlungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes sich auch auf die Beamten auswirken müssen. Trotz der schlechten Haushaltslage brauchten die Beamten eine Perspektive und eine mittelfristige An-

gleichung an das Bezügniveau der anderen Bundesländer. Aus den Reihen der Bundes-SPD kritisierte Klaus-Uwe Benneter das Verhalten des Berliner Senats: „Beamte nur als billige Melkkühe zu begreifen, das geht nicht. Man muss signalisieren, dass man sie ernst nimmt.“

Berechtigt nannte die Vorsitzende der

Links-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Carola Bluhm, die Forderungen der Beamten. Fraktionskollege Wolfgang Albers zielte mit seiner Feststellung, „dauerndes Vertrösten ist mit Sicherheit keine Lösung“ in dieselbe Richtung. Eine „Basta“-Politik des Senats sei unvernünftig, „das schüre nur Widerstand in den Verwaltungen“.

# DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

## Serviceleistungen der DSTG

### „Informationen, Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Beihilfe“

Informationen und Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Beihilfe“ erhalten DSTG-Mitglieder beim DSTG-Landesverband Berlin. Interessierte Mitglieder erhalten Auskunft beim DSTG-Landesverband Berlin unter der Telefonnummer: 030 21473040.

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

**DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32**

**FAX: 030 21473041**

**10777 Berlin**

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom ..... 2009.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Anschrift: .....

Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....

Dienststelle: ..... Telefon dienstl.: .....

Besoldungsgruppe: A ..... Vergütungsgruppe: BAT/-O ..... teilzeitbeschäftigt: ..... % seit: .....

Steueranwärter/in seit: ..... Finanzanwärter/in seit: .....

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m) .....

Bankleitzahl: ..... Kontonummer: .....

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

....., den .....

(Unterschrift)